

Forderungspapier für eine tatsächliche Weiterentwicklung der Drogenpolitik im Frankfurter Bahnhofsviertel

„Der Frankfurter Weg ist gescheitert“. „Der Frankfurter Weg ist nicht gescheitert, aber muss weiterentwickelt werden“. So oder so ähnlich wird in Politik, Presse und Öffentlichkeit die Frankfurter Drogenpolitik diskutiert. Statt einer tatsächlichen Weiterentwicklung geprägt durch Innovationen, orientiert an wissenschaftlichen Erkenntnissen oder an guten Beispielen aus anderen Ländern landet Frankfurt wieder in der Repressionspolitik der 90er Jahre. Nicht einmal die Drogenhilfeträger trauen sich noch mit tatsächlich neuen Ideen an die Öffentlichkeit. Und die Presse erhält Applaus, wenn sie es schafft ihre Artikel über das Viertel ohne menschenverachtende Begrifflichkeiten zu verfassen. Und so erhält die Drogenhilfe in Frankfurt mit Mühe und Not gerade mal, wenn überhaupt, den Status Quo.

Der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Frankfurt am Main (AKS FFM) und die 35 Teilnehmer*innen des Workshops „Drogen und Politik. Perspektiven aus sozialwissenschaftlicher Drogenforschung und kritischer Sozialer Arbeit“ vom AKS FFM und Jenny Martens fordern eine tatsächliche Fortentwicklung des Frankfurter Wegs auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Drogenhilfe in Frankfurt und anderswo! Die folgenden Forderungen wurden aufgestellt:

I. Strukturelle Neuausrichtung: Weg von Repression – hin zu Versorgung

1. Anerkennung organisierter Vernachlässigung als strukturelle Ursache

Die Rolle institutioneller Versäumnisse muss anerkannt werden und eine konsequent holistische Versorgungsstruktur geschaffen, die medizinische, psychosoziale, wohnungsbezogene und sozialrechtliche Unterstützung integriert.

2. Abkehr von abstinenzorientierten Paradigmen

Hilfesysteme müssen sich konsequent an Schadensminderung und Stabilisierung orientieren. Abstinenz darf keine Voraussetzung für Unterstützung sein.

3. Keine repressive Verdrängungspolitik

Ordnungspolitische Maßnahmen dürfen nicht zu systematischen Verdrängung konsumierender Menschen aus dem öffentlichen Raum führen. Repression verschärft gesundheitliche und soziale Risiken.

4. Legalisierung von Kleinhandel auf kommunaler initiativebene prüfen

Zur Reduzierung von Beschaffungskriminalität und polizeilicher Dauerintervention soll die Kommune rechtliche Modelloptionen prüfen und entsprechende Initiativen auf Landes- und Bundesebene unterstützen.

II. Partizipation und Kommunikationsstrukturen

5. Verbindliche Beteiligungsstrukturen für Konsument*innen

Es sind formalisierte Kommunikations- und Beteiligungsformate zu schaffen, um Betroffene systematisch in Entscheidungsprozesse einzubinden.

6. Mehr Bedarfsorientierung durch kontinuierliche Evaluation

Hilfsangebote müssen an realen Bedarfen ausgerichtet werden. Hierfür sind regelmäßige Bedarfserhebungen und qualitative Forschung zu lokalen Konsummustern (insbesondere zu Konsumierenden aus anderen Städten: Welche Bedarfe haben Konsumierende? Warum genau suchen sie Frankfurt auf?) notwendig.

7. Kollektive Verantwortungsübernahme statt Individualisierung von Schuld

Die öffentliche Debatte soll strukturelle Ursachen den Raum bieten, den sie tatsächlich verantworten, statt weiter durch Individualisierung gesellschaftlicher Konfliktverhältnisse zur Stigmatisierung von Drogengebrauchenden (sowie inzwischen ausgeweitet auch von Fachkräften) beizutragen.

III. Anpassung und Ausbau konkreter Hilfestrukturen

8. Holistische Versorgungsangebote ausbauen und besser vernetzen

Bestehende Hilfen (Drogenhilfe, Gemeindepsychiatrie, Wohnungslosenhilfe, medizinische Versorgung) müssen verbindlich koordiniert und sektorenübergreifend besser vernetzt werden. Orientierung an Bedarfen von Menschen statt an Finanzierungsschubladen.

9. Anpassung der Konsumräume an Crack-Konsumrealitäten

Regelwerke und räumliche Ausstattung sind an die spezifischen Konsummuster von Crack anzupassen. Wir brauchen niedrigschwellig nutzbare, attraktive Angebote. Das bedeutet auch das Überdenken vom Vorlegen von Ausweisungspapieren beim ersten Einlass sowie auf keinen Fall die Einschränkung von Angeboten für Nicht-Frankfurter*innen.

10. Modellprojekt zur Substitution bei Crack-Konsum

Die Stadt soll sich für einen wissenschaftlich begleiteten Modellversuch einsetzen, der eine kontrollierte, dynamische Substitution oder alternative medikamentöse Ansätze prüft (z.B. Cannabis, Amphetamine) – analog zum auszuweitenden Diamorphinprogramm. Hierfür sind Forschungsk Kooperationen und Drittmittel einzuwerben.

11. Mobile Hygieneangebote

Niedrigschwellige, mobile Möglichkeiten zur Körperhygiene sind auszubauen, insbesondere für wohnungslose Konsument*innen. Das bedeutet unter anderem,

aber nicht abschließend, öffentliche Toiletten, Duschen, das kostenlose Bereitstellen von Menstruationsartikeln und Kondomen.

12. Offene soziale Räume ohne Konsumzwang

Es sind für alle Menschen frei zugängliche Aufenthaltsorte zu schaffen, die nicht an Konsum und Kaufkraft gebunden sind. Defensive Architektur in der Stadt ist abzubauen. Die Stadt gehört allen!

IV. Wohn- und Gewaltschutz

13. Einzelunterbringung statt Sammelunterkünfte

Persönlicher, abschließbarer Wohnraum ist der Notunterbringung vorzuziehen. Echte Housing First-Ansätze sind auszubauen.

14. Gewaltschutz für wohnungslose Frauen*

Es müssen Schutzkonzepte gemäß der Istanbul-Konvention umgesetzt und spezifische Schutzräume sowie traumasensible Angebote geschaffen werden. Dafür reichen Frauen*-Zimmer in männerdominierten Unterkünften nicht aus. Der AKS FFM unterstützt ausdrücklich die Konzeptionsarbeit des AKFS FFM, die sich für das „Luftschloss“ in Frankfurt einsetzen.

15. Strategien zur Vermeidung von Hausverboten und Ausschlüssen

Die vorhandenen Ausschlussmechanismen im Hilfesystem sind zu reduzieren. Konfliktstrategien, trägerübergreifende Zusammenarbeit und deeskalierende Verfahren sollen Hausverbote möglichst vermeiden.

V. Abbau von Stigmatisierung und Diskriminierung

16. Sensibilisierung der Verwaltung, Polizei und Öffentlichkeit

Fortbildungsangebote zu Stigma, Diskriminierung und diskriminierungssensibler Sprache sind auszubauen. Die Art und Weise, wie über konsumierende Menschen gesprochen wird und wie mit ihnen gearbeitet und umgegangen wird ist grundlegend zu reflektieren. Grundsätzlich ist der übermäßige Einsatz von Ordnungsamt und Polizei im Viertel auf wissenschaftlichen Grundlagen zu reflektieren.

17. Image- und Aufklärungskampagnen

Kommunale Öffentlichkeitsarbeit muss aktiv zur Entstigmatisierung beitragen. Das ist Teil von Antidiskriminierungsarbeit der Stadt.

18. Externe Kontrolle polizeilicher Maßnahmen prüfen

Zur Sicherung von Verhältnismäßigkeit und Grundrechten sollen unabhängige Kontrollmechanismen der Polizei eingeführt werden.

VI. Arbeitsbedingungen und Finanzierungen sichern

19. Verbindliche Fortbildungen für Mitarbeitende

Vor der Aufnahme der Tätigkeit in Drogenkonsumräumen sind verpflichtend Drogennotfallkurse zu absolvieren (nicht erst im Laufe der Einarbeitung). Zusätzlich sind verpflichtende Fortbildungen einzuführen im Bezug auf Kriseninterventionen, Deeskalation und Umgang mit Psychosen und Dissoziationen (Trauma).

20. Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Um die Arbeitsqualität, Sicherheit und Diskussionskultur in Drogenhilfeeinrichtungen zu stärken sind die Stellen in den Tätigkeiten zu entfristen. Zudem ist es notwendig den Mitarbeitenden in der psychosozial belastenden Arbeit Wertschätzung entgegenzubringen in Form von Anerkennung und angemessener tariflicher Bezahlung. Prekäre Beschäftigungsbedingungen gefährden Versorgungsqualität und Personalbindung.

21. Umstellung auf verlässliche Zuwendungsfinanzierung

Langfristige, stabile Finanzierung ist sicherzustellen, um Kontinuität und Qualität der Angebote zu gewährleisten.

Diese 21 Forderungen wurden ohne Gegenstimmen auf der Tagung „Wie schafft man ein ‚Problemviertel‘?“ vom 27. Und 28. März 2026 von den hauptsächlich aus Drogenhilfe und oder im Viertel ansässigen Personen beschlossen. Die Repressionsstrategien sind gescheitert und werden es auch weiterhin. Für eine solidarische Stadt und eine angemessene Drogenhilfe.

Mit solidarischen Grüßen

AKS Frankfurt am Main

